

der Feder von *Friedrich Lehne* (Wien), ein Beitrag, dem man stark anmerkt, daß sein Verfasser Jurist und nicht Historiker ist. Als Übersicht ist dieser Aufsatz jedoch nicht ungeeignet.

Zusätzlich zu den bereits erwähnten drei Registern, die diesen Band wie auch den ersten Band abrunden und wirklich benützlich machen, hat der zweite Band auch noch ein Verzeichnis der angeführten Gesetze und Verordnungen aufzuweisen, in das sogar der Anmerkungsapparat eingearbeitet wurde.

Bei aller Kritik, die natürlich im Detail an einem so riesigen Unterfangen wie der Darstellung der Habsburgermonarchie in den beiden vorliegenden Bänden anzubringen ist, muß aber abschließend doch betont werden, daß mit diesem Werk ein Standardwerk zur Geschichte dieser sieben Jahrzehnte erschienen ist, das sicherlich noch die Grundlage für etliche tieferschürfende Einzelstudien abgeben wird und das vor allem als Nachschlagewerk auch in Bibliotheken außerhalb Österreichs nicht fehlen sollte.

Helmut Konrad

Geschichte und Gesellschaft. Zeitschrift für Historische Sozialwissenschaft, Verlag Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen, Jg. 1, 1975, Heft 4 (S. 401 – 560): Imperialismus im Nahen und Mittleren Osten. Herausgeber dieses Heftes: Wolfgang J. Mommsen.

Herausgeber und Autoren dieses Heftes haben sich zwei begrüßenswerte Aufgaben gestellt. 1. Sie wollen mit ihren Beiträgen die einseitig europazentrierte Analyse des Imperialismus überwinden und – am Beispiel eines ausgewählten geographischen Raumes – die Aufmerksamkeit auf die innere Situation der »peripheren« Länder lenken. Auf einschlägige Thesen westeuropäischer Autoren wird dabei Rücksicht genommen. Nur der Verfasser des letzten unter den vier Beiträgen schenkt der einheimischen Forschung gebührend Aufmerksamkeit. Es kann nicht nur der Redaktion der Zeitschrift *GG*, es muß auch anderen Historikern im deutschen Sprachraum, auch in der DDR, angelastet werden, daß sie in den gegenwärtigen Imperialismen-Diskussionen zu wenig auf die Gesprächspartner aus den »peripheren« Ländern hören. »Die eigenständige Rolle der indigenen Kollaborationsregime« (Mommsen im Vorwort, S. 401) wäre in dem vorliegenden Werk sonst sicher differenzierter verstanden worden.

2. Die Redaktion hat für die Untersuchung langfristiger Entwicklungsprozesse des Imperialismus einen vorzüglichen Ansatz gewählt, indem sie die Ablösung einer niedergehenden »imperialistischen« Herrschaft, der des Osmanischen Reiches, durch einen jungen Imperialismus, des europäischen im 19. Jahrhundert, zum Gegenstand ihrer Untersuchung macht. Leider kommen dabei die Rückblicke auf den Finanzimperialismus der Pforte und die Ausblicke auf die Hegemonie Europas im 20. Jahrhundert in ihren mannigfaltigen kulturellen, technologischen, finanzpolitischen, siedlungsstrategischen und unternehmerischen Formen zu kurz. Eine möglicherweise kohärente Entwicklung der Imperialismen in diesem Raum kann unter diesen Umständen nicht einmal zur Diskussion gestellt werden.

Den ersten Beitrag des Heftes bringt *Alexander Schölch* unter dem Titel: »Wirtschaftliche Durchdringung und politische Kontrolle durch die europäischen Mächte im Osmanischen Reich (Konstantinopel, Kairo, Tunis)«. Die Wahl der drei Beispiele mit verschiedenartigen inneren Strukturen ist gut getroffen, doch zur Veranschaulichung unterschiedlicher Verhaltensweisen einheimischer Führungsschichten und unterschiedlicher Konzepte des Frühimperialismus wäre es günstig gewesen, auch Algier nach seinem Ausscheiden aus dem Verband des Osmanischen Reiches in die Betrachtung einzubeziehen.

Ein Vergleich der französischen Durchdringung Tunesiens und Algeriens unter ungleichen Umständen hätte verständlich machen können, warum die Führungsschichten beider benachbarter Länder bei verwandten Sozialstrukturen fast gegensätzlich auf die europäische Infiltration reagierten. So aber bleibt es unerörtert, warum sich die einheimische

Führung in einer bestimmten Weise (z. B. in Tunesien mit »extrem korrupten und verantwortungslosen Beamten«) gegenüber einer bestimmten Technik des Imperialismus (z. B. mit Staatsanleihen »als ein übles Gaunerstück«) verhielt.

Pauschal und hier nur umstrittene Sekundärliteratur heranziehend spricht der Verfasser von »einer korrupten Clique der herrschenden Schicht« Tunesiens (S. 419). Vielleicht wäre er vor diesem Vorurteil bewahrt geblieben, hätte er sich mit den Arbeiten tunesischer Historiker, z. B. im *Centre d'Études et de Recherches Economiques et Sociales* (C.E.R.E.S.) in Tunis, in der maghrebinisch-französischen Forschergruppe des *Centre de Recherches et d'Études sur les Sociétés Méditerranéennes* (C.R.E.S.M.) in Aix-en-Provence oder in der *Revue de l'Occident Musulman et de la Méditerranée*, vertraut gemacht.

»Die erste internationale Finanzkontrolle« über Tunesien setzt der Verfasser 1869 an (S. 415). Wenn man den ersten Ansatz von 1816 berücksichtigt, steht der Bezug mit Europa und Algerien in einem anderen Licht als in diesem Aufsatz.

Im übrigen hätte sich die Geschichte der koloniasatorisch-ökologisch-technologischen Penetration des nordalgerischen Raumes durch Europa als Kontrastmodell zur »Bagdadbahn als Instrument deutschen wirtschaftlichen Einflusses im Osmanischen Reich« geeignet, ein Thema, welches *Helmut Mejcher* im folgenden Beitrag aufgreift.

Mejcher untersucht an dem übersichtlichen, wenn auch bis heute noch nicht hinreichend geklärten Beispiel der »Bagdadbahn« vor allem die Spekulation europäischer, nicht nur deutscher Hochfinanz, ohne das potentielle Interesse der Notabeln im Einzugsgebiet der Bahn außer acht zu lassen.

Wohlthuend nimmt der Verfasser die »Bagdadbahn« aus der Tradition der Diplomatiegeschichte heraus, doch er geht nicht so weit, diese berühmte »Projektruine« in die Geschichte der Entwicklungspolitik aufzunehmen. Zur Begründung führt er an:

»Was nun die Brauchbarkeit von Modellen der gegenwärtigen Imperialismusdiskussion für eine Strukturierung des hier vorliegenden Imperialismusphänomens angeht, so zeigt unsere Skizze, daß im Falle des Osmanischen Reichs das starre und wohl stärker von der Gegenwartsproblematik der Dritten Welt bzw. des Nord-Süd-Konflikts beeinflusste Schema von der Zentralnation (Metropole) versus Peripherienation (Peripherie bzw. Zentrale der Peripherie) die Wirkungslinien des Finanzimperialismus nicht erfaßt« (S. 449).

Zugegeben, die Gegenwart bietet dem »Finanzimperialismus« des 19. Jahrhunderts keine Analogien. Aber der Verfasser stößt hier auch auf eine Definitionsenge, die leichter überwunden wäre, hätte sein Beitrag nicht so starr im Rahmen der Imperialismusdiskussion gestanden.

Die Argumente, die er gegen die Brauchbarkeit des vorliegenden Modells für die gegenwärtige Imperialismusdiskussion ins Feld führt, sprechen zugleich für die gegenwartsorientierte Diskussion über Entwicklungspolitik. Der Verfasser bietet hierzu in seiner »Bagdadbahn«-Studie ein reichhaltiges Material, wovon nur wenige Themen erwähnt sein mögen: das Risiko der Kapitalinvestitionen in absolutistisch regierten Ländern ohne Verwaltungstraditionen mit geldbedürftigen Staatsmännern; der internationale Verschuldungsmechanismus mit Beteiligung der Regierung eines unterentwickelten Landes; Revolutionen, die mit etatistischer Reformprogrammatik aufwarten, als Unsicherheitsfaktor für ausländische Kapitalanleger; die Resistenz lokaler Notabeln und Dezentralisten gegenüber Innovationen, die von Zentralen in »Peripheriestaaten« motiviert werden; der Versuch dieser Zentralen, sich imperialer Machteinflüsse durch eine »divide-et-impera«-Strategie zu entziehen; das planvolle Spiel des Schwächeren mit dem Starken.

Dieser Beitrag – und dieses Thema – eignen sich vorzüglich für eine interdisziplinäre »Selbstaufklärung der Gegenwart«, wie es die Herausgeber der GG im Vorwort des ersten Heftes gefordert haben. Mejcher stößt mit seinem guten Rat, den er am Ende des Aufsatzes gibt, offene Türen auf: »Vor allem eine soziologisierende Imperialismusforschung wird sich

hüten müssen, in derlei Erscheinungen [Konzessionsjägerei der Notabeln] theoretische Grundmuster für Interessensolidaritäten zwischen sozio-ökonomisch führenden Gruppen der Metropole und der Peripherie zu erblicken« (S. 478).

*Linda Schatkowski-Schilcher* macht in dem Aufsatz »Ein Modellfall indirekter wirtschaftlicher Durchdringung: Das Beispiel Syrien« den interessanten Versuch, das Thema anhand britischer und französischer Konsularberichte zu behandeln. Sie stellt dabei in Frage, ob die wirtschaftliche Durchdringung Syriens, vorwiegend über den Handel mit Europa, noch einer Imperialismusdefinition unterzogen werden kann.

In diesem Zusammenhang wäre sicher eine Vertiefung in die Unterschiede französischer und britischer Einflüsse nützlich. Die schichtenspezifische Auswirkung der englischen Anpassungsfähigkeit an das einheimische Marktsystem mit billigen Produkten und der französischen Kulturpolitik mit Sprachunterricht und Luxusgütern für wohlhabende Gebildete dürfte nicht ohne Belang für die gesellschaftliche und kulturelle Selbstbehauptung eines so kleinen Landes gewesen sein.

In dem Aufsatz »Strategische Interessen und Anleihepolitik Rußlands in Iran« von *Paul Luft* wird der Raum des Osmanischen Reiches überschritten, aber die thematische Kontinuität des Heftes bleibt vor allem im Anschluß an den vorausgehenden Beitrag gewahrt.

Auch hier, in Iran, wirkte die Dualität zweier verschiedenartiger Imperien, Rußland und Großbritannien mit der Machtbasis in Indien. Beide hatten politische Ambitionen, doch Iran konnte aus dieser Rivalität keinen entwicklungspolitischen Nutzen ziehen. Daran war nicht nur das »negative Gleichgewicht« der imperialistischen Kräfte schuld. Der Verfasser hebt abgewogen die entwicklungshemmenden Faktoren der inneren Gesellschaftsstrukturen hervor.

Damit bringt er unter den vier Autoren am deutlichsten zum Ausdruck, welche Stütze die Imperialismusforschung in der Erforschung sozio-kultureller Phänomene finden kann.

Vielleicht wird die Imperialismusforschung dieser Zusammenarbeit in Zukunft sogar bedürfen, wenn sich einige aus der »Peripherie« des Imperialismus stammende Ansätze durchsetzen. Alle Autoren des Heftes haben zwar Probleme der internen und externen kulturellen Einflußnahme angesprochen, jedoch ohne dabei europazentrische Orientierungen preiszugeben. Aus ihren Beiträgen ist nicht zu erkennen, warum ihre Fachkollegen in den betroffenen Ländern heute so sehr um Probleme der Akkulturation und der gesellschaftlichen Identifikation in der »peripheren« Imperialismusforschung ringen müssen.

Werner Plum

Hans-Otto Binder, Reich und Einzelstaaten während der Kanzlerschaft Bismarcks 1871 – 1890. Eine Untersuchung zum Problem der bundesstaatlichen Organisation (= Tübinger Studien zur Geschichte und Politik, Nr. 29), Verlag J. C. B. Mohr, Tübingen 1971, 213 S., kart., 34 DM.

Manfred Rauh, Föderalismus und Parlamentarismus im Wilhelminischen Reich (= Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bd. 47), Droste Verlag, Düsseldorf 1973, 396 S., Ln., 64 DM.

Der Föderalismus hat tiefere Wurzeln in der deutschen Geschichte als der Parlamentarismus. Das Bismarckreich, das nach außen wie ein moderner National- und Einheitsstaat erschien, blieb doch in politischer Kultur und Machtstruktur geprägt vom Übergewicht des stärksten seiner Einzelstaaten, der preußischen Monarchie. Die preußische Führungsstellung beruhte auf vorgegebenen Tatsachen: Bevölkerung, Territorium, militärische Schlagkraft. Sie beruhte aber auch auf der historischen Legitimation der Macht, die die deutsche Nationalstaatsbildung »von oben« zuwege gebracht hatte. Und schließlich ruhte Preußens Großmacht- und Hegemonialrolle in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts auf seiner Industrialisierung, auf der industriellen Achse von Schlesien über Berlin ins Ruhrgebiet, und auf